

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 2

Artikel: Aufstieg und Niedergang der Arbeiterpresse : Analysen, Hypothesen, Fragen
Autor: Fehr, Hans-Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339842>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liegen über Presse und SP-Zeitung in einer bestimmten Öffentlichkeit darzustellen.

Wer nicht weiss, was läuft, kann darauf nicht reagieren und wird überfahren. Über den Gemeinderat erhält man sehr viele Informationen, Meinungen und Anregungen. Man stösst auf Probleme und Fragen, die auch für uns wichtig sind. Dieses Wissen gilt es, an die Fraktion, die Sektion und die Öffentlichkeit weiterzuge-

ben. Zusammen mit weitem Zutaten kann unser Wissen zu einem Teig werden, aus dem schliesslich sozialdemokratische Politik gemacht wird.

Persönlich für mich habe ich in den letzten vier Jahren unsere Stadt eigentlich erst richtig kennen gelernt, ich nehme Anteil an dem, was hier passiert und fühle mich mitverantwortlich. Ich habe von einem Teil der bürgerlichen Lokalprominenz und ihrer Art zu politisieren, ei-

nen unmittelbaren Eindruck erhalten.

Ich habe vor allem auch gelernt, zu meiner Meinung zu stehen und sie zu vertreten, auch wenn ich dabei gegen den Strom schwimme. Dabei habe ich erfahren, dass ich auf die Dauer nur gegen den Strom schwimmen kann, wenn wir uns in der Fraktion gegenseitig unterstützen und ermutigen: Solidarität — eine Erfahrung, die mir wichtig ist und mir viel bedeutet.

Hans-Jürg Fehr

Aufstieg und Niedergang der Arbeiterpresse

Analysen, Hypothesen, Fragen

Die hier dargelegte Analyse des Aufstiegs der schweizerischen Arbeiterpresse von der Unscheinbarkeit bis zur respektable Grösse innerhalb der gesamten Presselandschaft beruht auf einer wissenschaftlichen Arbeit, die ich im August 1977 abgeschlossen habe. (1) Ich fasse die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit zusammen und versuche, aus der Geschichte dieses Aufstiegs Erklärungen für den Niedergang der Arbeiterpresse in der Nachkriegszeit abzuleiten.

Wenn man das Auftreten der Arbeiterpresse quantitativ misst, kommt ein wellenförmiger Prozess von Aufstieg und Niedergang zum Vorschein — ein Wechselspiel, das sich mehrfach wiederholt. Der schlechende Niedergang der SP-Presse in den letzten dreissig Jahren ist historisch betrachtet also nichts Neues. Die Geschichte der linken Zeitungen

ist aber auch die Geschichte jener hoffnungsvollen, fleissigen, mehr oder weniger fähigen, oft enttäuschten und doch nicht aufgebenden Macher, die draussen im kalten Wind standen und versuchten, ein Feuerchen am Leben zu erhalten. Ich selber gehöre im Moment zu dieser nicht sehr zahlreichen Gattung. Obgleich mich die Arbeit am historischen Objekt Arbeiterpresse gelehrt hat, dass es nicht die Macher sein werden, die das Feuerchen vielleicht wieder einmal auflodern lassen werden. Das dafür notwendige Öl muss von anderer Seite hineingegossen werden. Woher der Brennstoff kam, habe ich am historischen Beispiel untersucht, indem ich die gesellschaftlichen Bedingungen analysierte, die die Arbeiterpresse im Zeitraum von 1880 bis 1914 aufblühen liessen. Im Jahr 1880 gab es in der Schweiz ganze fünf Blätter, die als Arbeiterzei-

tungen gelten dürfen; darunter war keine einzige Tageszeitung. Vierunddreissig Jahre später, 1914, erschienen 92 Arbeiterzeitungen, elf davon täglich! (die Gewerkschaftspresse, die einen ähnlichen Aufschwung erlebte, nicht inbegriffen.) 1880 erreichte die Gesamtauflage der genannten Blätter 6000–8000 Exemplare; 1913 waren es 140'000. Das Zürcher *Volksrecht* vegetierte zum Beispiel nach der Gründung im Jahre 1898 mit 3000 Abonnenten unter dem Existenzminimum dahin; 1913 bediente es 16'500 zahlende Leser. Die *Berner Tagwacht* erhöhte ihre Abzahl in zwanzig Jahren von 1500 auf 8800 und der *Basler Vorwärts* im gleichen Zeitraum von 2500 auf 7000. Auch die geografische Streuung nahm erheblich zu: 1880 gab es vier Verlagsorte, 1913 deren 22.

Der Arbeiterpresse ging es nach der Jahrhundertwende so gut,

dass sie verschiedene Zielpublika mit spezifischen Zeitungen bedienen konnte: es erschienen Frauen- und Jugendzeitungen, ein satirisches Wochenblatt, politisch-kulturelle Zeitschriften. In wenigen Jahren war aus einer kläglichen Ansammlung von kleinen Booten mit leeren Segeln eine hart am Wind fahrende Flotte geworden; ein bedeutendes, dezentralisiertes Zeitungsimperium mit eigenen Produktionsmitteln und eigenen Liegenschaften.

Die nachträgliche Freude über diesen gedeihlichen Vorgang muss allerdings relativiert werden. Denn gewachsen war nicht nur die Arbeiterpresse. Im Gegenteil. Das Pressewesen insgesamt breitete sich in diesen Jahrzehnten rasant aus. Bereits 1872 erschienen in der Schweiz über 200 Zeitungen, 19 Prozent davon schon täglich; 1913 waren es weit über 300 Blätter mit einem Tageszeitungsanteil von 25 Prozent. Die bürgerliche Presse war schon 1872 mit 120 Verlagsorten ausserordentlich breit gestreut gewesen und erweiterte diese Zahl in den folgenden vierzig Jahren auf 226 Ortschaften. Die Gesamtauflage der bürgerlichen Zeitungen betrug 1896 etwa 900'000, 1913 bereits 1'540'000.

Mit dem Massstab der sogenannten publizistischen Präsenz, einer aus verschiedenen Faktoren errechneten Grösse, lässt sich das Gewicht der Arbeiterpresse innerhalb des gesamten Zeitungswesens quantitativ bestimmen: 1872 erschien auf 90 bürgerliche Zeitungsexemplare eine AZ; 1896 lautete das Verhältnis 33:1, 1913 dann 12:1. Die publizistische Situation der linken Presse war in ihrer Entstehungsgeschichte vergleichbar mit der Geschichte vom Hasen und vom Igel: überall, wo der linke Hase herankuchte, hatte es sich der bürgerliche Igel schon gemütlich gemacht. Die genannten Ver-

hältniszahlen lassen aber den Schluss zu, dass der Hase Arbeiterpresse seine Kondition wirksam trainiert hatte. Der vom Basler Historiker Wilfried Häberli für 1880 festgestellte Zustand, dass «für einen klassenbewussten Arbeiter die Möglichkeiten, durch eine eigene Presse informiert zu werden, sehr gering waren», galt dreissig Jahre später nicht mehr. (2).

Alphabetisierung und Lebens-Standard

Die massenhafte Ausbreitung der Zeitungen (auch der Arbeiterzeitungen) ist ein soziokultureller Vorgang, der nur mit tiefgreifenden Wandlungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat erklärt werden kann. Es ist in der wissenschaftlichen Literatur nachgewiesen worden, dass die Industrialisierung und die mit ihr einhergehende Verstärkung der Massenkommunikation nachhaltige Impulse gegeben haben. (3) Die gleiche Wirkung hatten auch die drei Demokratisierungsschübe; die Bundesverfassung von 1848, ihre Revision von 1874 und die Einführung der Volksinitiative 1891 lösten ein permanentes Wahl- und Abstimmungs-geschehen und die parteipolitische Organisierung von ganzen Bevölkerungsteilen aus.

Darüber hinaus machte die Alphabetisierung der Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz enorme Fortschritte. Die im Zusammenhang mit Rekrutenprüfungen getestete Lesefähigkeit lässt den Schluss zu, dass noch 1880 kaum mehr als die Hälfte der erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer so gut lesen konnten, dass es für Zeitungslektüre gereicht hätte; 1914 waren es dann 90 Prozent. Wenn wir nun die Rate der alphabetisierten Arbeiter in Beziehung setzen mit der Wachstumsrate der Arbeiterbevölkerung, so er-

gibt sich folgende Entwicklung: die lesefähige und damit als Medienpublikum in Frage kommende Arbeiterschaft war zwischen 1880 und 1914 von etwa 250'000 auf ungefähr 700'000 angewachsen.

Natürlich hatten auch Arbeitslohn und Arbeitszeit Auswirkungen auf das Pressewesen. Martin Schaffner stellte in seiner Untersuchung über Lebensformen der Basler Arbeiterbevölkerung fest: «die Zahl von Abonnenten kann in den sechziger bis achtziger Jahren aus wirtschaftlichen Gründen nicht sehr hoch gewesen sein.» (4) Das Zeitungsabonnement war ein Luxus. Denn ein durchschnittlicher Arbeiterhaushalt verbrauchte in jener Zeit das gesamte Familieneinkommen allein für Nahrung, Kleidung und Wohnung. Erst der zwischen 1885 bis 1900 erkämpfte Reallohnzuwachs von durchschnittlich 18 Prozent ermöglichte den Arbeiterfamilien, sich unter anderem ein Zeitungsabonnement zu leisten. (5) Auch Herman Greulichs rhetorisch gestellte Frage, ob denn bei einem Arbeiter nach zwölf- oder dreizehnstündigem Arbeitstag noch soviel «geistige Regsamkeit da sei, um einen vernünftigen Zeitungsartikel lesen zu können», verlor ein Stück an Berechtigung. (6) Denn die kontinuierliche Arbeitsverkürzung bis hin zum Zehn-Stunden-Tag um 1914 hatte dazu geführt, dass einem Arbeiter des frühen 20. Jahrhunderts täglich drei bis vier Stunden mehr Freizeit zur Verfügung standen, als seinem Grossvater in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Schliesslich begünstigten auch zeitungsgewerbliche Entwicklungen die Ausdehnung zur Massenpresse. Dazu gehört insbesondere die Entdeckung, dass der Verkauf von Annoncenraum an insertionswillige Firmen der Presse neben dem

Erlös aus dem Verkauf eine zweite Finanzquelle erschloss. Dazu gehört auch die Abschaffung des Zeitungstempels in den siebziger Jahren. Die Einsparung dieser Postgebühr bewirkte auf einen Schlag eine Kostenreduktion von fast 20 Prozent. Unter all diesen Einflüssen schritt die Privatisierung der Zeitungslektüre rasch und in allen Volksschichten voran. 1896 zählte man ein Zeitungsabonnement auf 3,5 Personen, 1913 schon eines auf 2,2 Personen. Aber eine Arbeiterschaft, die lesen kann, Zeit und Geld hat, um sich Lesestoff zu kaufen und anzueignen, ist eben noch lange keine AZ-Leserschaft. Der bisher geschilderte sozioökonomische Wandel hatte für den Aufschwung der spezifischen Arbeiterpresse nur eine beschränkte Erklärungskraft. Zwar waren die unabdingbaren Voraussetzungen erfüllt, andererseits aber fehlten Weichenstellungen zugunsten einer klassenspezifischen Presse.

Kampfblatt gegen bürgerlichen Mischmasch

In der Probenummer der *Schweizerischen Strassenbahnzeitung* vom 1.1.1899 heisst es denn auch: «Heute zwar lesen die Arbeiter noch bürgerliche Zeitungen. Die Blätter, die an der Seite des Arbeiters stehen, sind leider nur schwach verbreitet.» Und ein Korrespondent der *Ostschweizer Arbeiterzeitung* beklagt sich: «Was lesen unsere Genossen, unsere Arbeiterfamilien? Etwa ihr Organ? Bewahre! Man füttert sich ganz gemütlich an dem bürgerlichen Misch-masch-Futter.» (7) Friedrich Heeb schrieb über die Situation in Winterthur: «Man wusste aber auch, dass in jeder zweiten Arbeiterfamilie traditionsgemäss als geschätztes Lokal-, Vereins-, und Inserateblatt der demokratische, in Ar-

beiterfreundlichkeit machende *Landbote* gehalten wurde.» (8) Und August Merk, einer der Initianten des *Volksrechts*, erklärte sich im Jahr 1900 das Dahinsiebeln seines Blattes so: «Der Widerstand der Arbeiter richtet sich nicht gegen das *Volksrecht*, sondern der Inhalt des Blattes passt der grossen Masse nicht so wie derjenige der Quatsch- und Tratschblätter à la *Tages-Anzeiger*.» Einen weiteren Grund für den Misserfolg der linken Blätter erkannte der Zürcher Pfarrer und SP-Politiker Paul Pfluger: «Freilich liegt eine der Schwierigkeiten für die Arbeiterpresse im Volk auch darin, dass sie Kampfblätter sind.» (10)

Die Bedürfnisse der meisten Arbeiter deckten sich offensichtlich nicht mit den Inhalten, die ihnen die Zeitungsmacher vorsetzten. Wenn diese ihr nicht vorhandenes Publikum richtig einschätzten, dann wünschte dieses eher «Unterhaltung und Befriedigung des Bedürfnisses nach Tagesneuigkeiten» als «politische Belehrung.» (11)

Diesen Klagen ist gemeinsam, dass sie alle vor dem grossen Sprung nach vorn laut wurden. Kurze Zeit später begann das goldene Jahrzehnt der AZ-Blätter. Was war geschehen? Sassen plötzlich hervorragende Journalisten in den Redaktionsstuben? Konnten die AZ-Verleger dank unverhofften Kapitalspritzen intensive Werbeaktionen führen? Setzten sich gar fähige Manager auf die Geschäftsleitungssessel? Oder gaben die schwindsüchtigen Linksblätter ihren unerwünschten Kampfblattcharakter zugunsten einer leserfreundlichen Klatsch- und Tratsch-Mischung auf?

Nichts von alledem. Der Aufschwung der Arbeiterpresse war die Folge eines entscheidend veränderten kommunikativen Bedürfnisses bei einer relativ grossen Zahl von Arbeitern. Zu

fragen bleibt, was diesen Wandel bewirkt hatte.

Die Arbeiterpresse wurde gesundgestreikt

Jeder Zusammenschluss von Individuen erzeugt Kommunikationsbedürfnisse. Je grösser die Zahl der Mitglieder und je breiter ihre geografische Streuung, desto grösser wird die Notwendigkeit, Kommunikation über ein Medium abzuwickeln: «Die Unmöglichkeit, sich über lokale Gemeinsamkeiten ständig zu vergegenwärtigen und den Arbeitern im aktuellen Bewusstsein zu erhalten, zwang früh zur Unterstützung durch den gedruckten Bericht.» (12) Ganz besonders die Parteien waren auf Massenkommunikation angewiesen. Parteien streben Aussenwirkung an, suchen Öffentlichkeit, haben eine permanente Selbstdarstellung nötig und wollen sich auf möglichst breite Kreise ausdehnen. Die in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts einsetzende Formierung von Arbeiterparteien sozialdemokratischen Zuschnitts war eine massgebende Existenz- und Wachstumsbedingung für die linken Zeitungen. Die Geburt einer AZ hat sich in der Regel so abgespielt: *Phase 1*: Bereits bestehende Arbeitervereine lösten sich konfliktreich vom Schürzenzipfel linksbürgerlicher Parteien (etwa der «Demokraten»). Sie wurden organisatorisch selbstständig, stellten bei Wahlen Kampfkandidaten und kündigten bisherige Listenverbindungen auf. Diese Autonomisierung war zugleich ein Abrücken nach links und eine Hinwendung zur Sozialdemokratie. Um die Richtigkeit dieses Vorgehens zu begründen, führen zum Beispiel die Promotoren der St.Galler SP monatelang schweres Geschütz auf. Der Unterschied zwischen Demokraten und Sozialdemokraten

sei ein «gewaltiger, abgrundtiefer», schrieben sie immer wieder. (13) Diese politische Grenzziehung musste öffentlich erläutert werden. Dies war häufig von Unmutsäusserungen gegen die bürgerliche Presse begleitet, vor allem gegen jene Blätter, die bisher als arbeiterfreundlich gegolten hatten und ein potentiell AZ-Publikum festhielten. Boykottbeschlüsse mussten indessen wirkungslos bleiben, weil die politische Abgrenzung nur von einer kleinen Gruppe verstanden wurde, die aber noch keine Alternative anzubieten hatte.

Phase 2: Der Widerspruch zwischen dem Wunsch nach einer eigenen Zeitung und der ökonomischen Unmöglichkeit, ihn zu realisieren, wurde zur Treibfeder für verschiedene AZ-Projekte. Das Dilemma wurde meist mit einer privatwirtschaftlichen Zwischenlösung überwunden. Mit dem Geld von mehr oder weniger hablichen Genossen und mit der wohlwollenden Unterstützung eines Druckers wurde die Zeitung lanciert. In der Regel bewegte sie sich jahrelang am wirtschaftlichen Abgrund, denn die Parteimitgliedschaft allein erwies sich nicht als ausreichendes Motiv für ein AZ-Abonnement. «Hunderte und hunderte selbst frei organisierter Arbeiter unterstützten unsere Parteipresse nicht», schrieb die *Ostschweizer AZ*. Und ein Vergleich der Abonnentenliste des *Echo vom Rheinfall* mit der Mitgliederliste der Arbeiter-Union Schaffhausen brachte an den Tag, dass zwei Drittel der organisierten Arbeiter das Blatt nicht abonniert hatten. (15) Die Parteimitgliedschaft allein (oder das Bewusstsein, das sie signalisiert) veränderte die kommunikativen Bedürfnisse nur bei einer Minderheit so stark, dass sie dem bürgerlichen Leiblatt abtrünnig wurde. Der Misserfolg des *Echo vom*

Rheinfall dauerte an, solange in Schaffhausen die Parteien friedlich und ohne Wahlkämpfe untereinander einen freiwilligen Proporz aushandelten. Diese Situation änderte sich mit dem Generalstreik 1918, als die linken Parteien auf Konfrontationskurs gingen. Die Schaffhauser *Arbeiterzeitung*, die sozialdemokratische Nachfolgerin des *Echo vom Rheinfall*, bekam sofort Aufwind.

Phase 3: Im Jahrzehnt 1900–1910, der Zeit intensiver und massenhafter Klassenkämpfe, gelang der Durchbruch. Zehntausenden von Arbeitern waren in Bewegung geraten: Zwischen 1900 und 1914 wurde in der Schweiz etwa 1100 mal gestreikt und zwar nicht nur in den Zentren, sondern an nicht weniger als 156 verschiedenen Orten. Die aktive Teilnahme an Arbeitskämpfen gehörte zur Erfahrung und Lebenspraxis sehr vieler Werktätiger, und ein noch grösserer Teil musste in jener Zeit zumindest damit rechnen, selbst in eine Streikbewegung hineinzugeraten. In direktem Zusammenhang damit agierten die sozialdemokratischen Parteien radikal und kämpferisch und befanden sich nun ihrerseits auf dem politischen Feld in der Konfrontation mit den Bürgerlichen. Die von den St.Galler Aktivisten herbeigewünschte abgrundtiefe Kluft tat sich nun wirklich auf, und sie tat der SP gut. Die Partei konnte ihren Mitgliederbestand bedeutend ausweiten. Mit systematischer Agitation führte sie der Arbeiterpresse ein ganzes Abonnentenreservoir zu.

Es gehört zum Wesen des Streiks, dass die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeitern der privaten, betrieblichen Sphäre entzogen und zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung gemacht werden. Es sind die Streikenden

selber, die Öffentlichkeit suchen, weil sie sich davon eine Stärkung der eigenen Kampfposition erhoffen. Sie müssen gegen Anschuldigungen vorgehen, Ruhestörer, Faulpelze oder Rechtsbrecher zu sein. Sie müssen etwas tun für die Verbreitung der Einsicht, dass die Aktion berechtigt sei. Sie müssen Sympathie spüren, weil sie in einer riskanten, existentiell gefährlichen Situation sind. Sie brauchen Bestätigung, weil sie von Zweifeln, Ängsten und Anfeindungen befallen sind.

Darüber hinaus bewirkt ein Streik neue und ganz spezifische Informationsflüsse. Die Phase der Vorbereitung, die in der Regel mit einer Urabstimmung abgeschlossen wird, erfordert Diskussion, Meinungsbildung und soll nach aussen einen deutlichen Warncharakter haben. Die Aktion selber erfordert intensive Kontakte zwischen Streikführung, Verhandlungsdelegation und Streikenden. Dem Ende des Streiks folgen oft ausgiebige Analysen.

Der Streik als soziale Grenzziehung schafft Fronten, verlangt Parteinahme — auch und gerade von der Presse. In der Arbeiterunion Winterthur wurde das einmal so formuliert: «die wirtschaftlichen Kämpfe haben unsere Gegner aufgeschreckt; eine schärfere Scheidung ist eingetreten und eine Läuterung der Parteien und Ansichten.» (16)

Die geläuterten Ansichten konnten die Winterthurer Arbeiter in ihrer Lokalpresse nachlesen. So registrierte die Arbeiter-Union anlässlich des grossen Maurerstreiks von 1909/10 «mit Empörung das Verhalten der beiden hiesigen Blätter *Landbote* und *Tagblatt*, welche beide um die Gunst der Baumeister buhlen». (17) Streikende Giesser in Rorschach machten ähnliche Erfahrungen mit dem bürgerlichen Lokalblatt *Rheinbote*: «Die letzten Wochen haben manchem die

Maske vom Gesicht gerissen und uns sein wahres, arbeiterfeindliches Gesicht gezeigt...»

(18) Die bürgerliche Lokalpresse, bisher von vielen Arbeitern dem Parteiblatt vorgezogen, wurde durch die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe förmlich zur Demaskierung gezwungen. Sie konnte sich der Stellungnahme nicht entziehen und entpuppte sich dann in der Regel als Gegner der Arbeiter. Sie stellte sich damit gegen einen Teil ihrer Leser, die nun ihrerseits in Loyalitätskonflikte gerieten, ihr Leibblatt zunehmend als feindlich gesinnt empfanden und denen ein Umsteigen auf die Arbeiterzeitung plötzlich leicht fiel. Jetzt erst übte die Arbeiterpresse ihre eigentliche Funktion aus: Sie allein konnte jene kommunikativen Bedürfnisse stillen, die der Klassenkampf schuf.

Es lässt sich statistisch und anhand von Beispielen klar nachweisen, wie sehr der Aufschwung der Arbeiterpresse mit der anschwellenden Streikbewegung zusammenhing: die Auflage des Basler *Vorwärts* nahm im Grosskampffjahr 1905 sprunghaft zu; Das *Volksrecht* erntete im sogenannten *Kosakenjahr* 1906 und im Generalstreiksjahr 1912 Abonnenten zu Tausenden. Die Kämpfenden Arbeiter hatten die SP-Presse sozusagen gesundgestreikt.

Die organisatorische Stärke und das klassenkämpferische Handeln — zwei massgebende Bedingungen für die Gesundheit der Arbeiterpresse — nahmen im Generalstreik von 1918 weiter zu und hielten sich bis in die Dreissigerjahre. Die linken Zeitungen als strukturelles Element einer sozialen Bewegung und einer Gegenkultur brauchten in dieser Zeit um ihre Existenz nicht zu bangen. Sie hatten einen spezifischen Gebrauchswert, den bürgerliche oder sogenannt neutrale Zeitungen nicht bieten konnten.

Zurückgeworfen auf den Markt

Die Analyse des Aufstiegs der Arbeiterpresse wurde auf einer sozioökonomischen und einer klassenspezifischen Argumentationsebene vorgenommen. Ich möchte versuchen, diesen Denkansatz auf den Niedergang der Arbeiterzeitungen nach dem Zweiten Weltkrieg anzuwenden. Ich operiere in diesem Zeitabschnitt nicht mit umfassenden historischen Fakten, weshalb die Aussagen hypothetisch und das beigezogene Material bruchstückhaft bleiben.

Wenn gilt, dass der sozioökonomische Wandel des 19. Jahrhunderts ein industrielles Proletariat hervorbrachte und für die Arbeiterpresse als riesiges Abonnentenpotential bereitstellte, dann müsste gelten, dass der sozioökonomische Wandel der Nachkriegszeit die Arbeiterschaft veränderte und verkleinerte und dass mithin die Abonnentenzahl schrumpfte. Wenn gilt, dass eine klassenkämpferisch agierende Arbeiterbewegung eine eigene Presse braucht, dann müsste gelten, dass eine befriedete Arbeiterbewegung auf eigene Informationsorgane verzichtet.

Die schweizerische Arbeiterschaft hat sich in der Nachkriegszeit tatsächlich strukturell wesentlich verändert: Einerseits wurde sie durch den massenhaften Import von Fremdarbeitern unterschichtet, andererseits hat gerade diese Unterschichtung Hunderttausenden von Schweizer Arbeitern oder ihren Kindern zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg verholfen. Die massive Zunahme des Dienstleistungssektors hat ferner die Gattung der «white-collar-workers» auf Kosten der Industriearbeiter zahlenmässig aufgewertet. Damit nahm die Zahl jener Angestellten zu, die seit jeher die Ten-

denz hatten, sich von der Arbeiterschaft abzugrenzen (die Umwandlung des Wortes Arbeiter in ein schlichtes A im Titel einiger SP-Zeitungen war wohl ein Annäherungsversuch in dieser Richtung). Gespräche, die ich mit älteren Arbeitern geführt habe, nähren auch meinen Verdacht, dass sich soziale Bindungen innerhalb der Arbeiterschaft auflösten. Kollektive Lebensäusserungen (etwa gemeinsames Reisen, oder das Teilnehmen an der Kultur- und Sportbewegung) werden jetzt durch individuelles familiäres Verhalten ersetzt: Viele Arbeiter zogen sich sozusagen aus ihrer Klasse zurück. Wesentliche Voraussetzungen für ein Arbeiterbewusstsein entfielen nach und nach. Schliesslich muss auch daran erinnert werden, dass die in der fortschreitenden Stimmabstimmungen sichtbar gewordene Entpolitisierung gerade bei der Arbeiterschaft am weitesten gediehen ist. Solche Entwicklungen mussten sich zwangsläufig gegen die Arbeiterpresse auswirken.

Schwerwiegender aber war das veränderte gesellschaftliche Auftreten der Organisationen der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit. Die Sozialdemokratie ist unter den Zeichen von Konkordanzdemokratie und proporzprozentualer Aufteilung der Staatsmacht auf Kooperation mit den Bürgerlichen eingeschwenkt. Die Gewerkschaften haben unter den Zeichen von Sozialpartnerschaft und Arbeitsfrieden die konfrontative, arbeitskämpferische Haltung ebenfalls preisgegeben. Diese umfassende Befriedung der Arbeiterbewegung musste der sozialdemokratischen Presse mittelfristig Existenzprobleme schaffen. Mit dem allmählichen Verschwinden ihres spezifischen Funktionszusammenhangs, ihres spezifischen Gebrauchswerts,

verschwand auch der gewichtigste Konkurrenzvorteil. Die Arbeiterpresse wurde zurückgeworfen auf den Zeitungsmarkt und fand sich hier als Ware unter Waren. Auf diesem Markt aber waren Qualitätsmerkmale gefragt, die von der bürgerlichen und sogenannten unabhängigen Presse schon immer auf einer kommunikativen Funktionsvielfalt beruht hatte. Im Moment, da der für die SP-Presse existenzsichernde Funktionszusammenhang aufgehoben war, mussten ihre Leser erkennen, dass es für die Befriedigung anderer kommunikativer Bedürfnisse bessere Bätter gab. Und auch jene, die dies schon vorher gewusst hatten, hielt jetzt nichts mehr davon ab, auf eine andere Zeitung umzusteigen.

Eine nach dem Tod der *Zürcher AZ* durchgeführte Befragung von ehemaligen Abonnenten liefert in diesem Zusammenhang eine interessante Information. In dieser repräsentativen Umfrage gaben 88 von 189 Antwortenden an, dass sie schon zu Lebzeiten der *AZ* eine zweite Tageszeitung abonniert hatten. Der Tod der *AZ* war für sie kein allzu schwerer Verlust mehr, «da sich ihre Informationsbedürfnisse von denen eines durchschnittlichen Zeitgenossen offenbar kaum unterscheiden». (19) Die Autoren der Studie halten fest, dass für mindestens 35 Prozent, sehr wahrscheinlich aber für mehr als die Hälfte der 1973 noch verbliebenen *AZ*-Abonnenten die Zeitung beliebig austauschbar geworden ist. Das ist für eine Zeitung, bzw. für eine ganze Pressegruppe, die davon gelebt hat, dass sie nicht austauschbar war, eine ausserordentlich schwerwiegende Feststellung. Umso mehr, als die verbliebenen 5000 Abonnenten sozusagen als Fähnlein der letzten Aufrechten gegolten hatte.

Das Diktat von Reichweite und Tausenderpreis

Zum oben beschriebenen Verlust des entscheidenden Motivs für ein *AZ*-Abonnement, der Einbusse des Gebrauchswerts nämlich, gesellte sich in der Nachkriegszeit eine entscheidende Veränderung in der Einnahmestruktur der Presse. Der Verkauf von Annoncenraum löste die Abonnementseinnahmen als tragenden Pfeiler des Zeitungsgewerbes ab. Auf dem Inseratenmarkt aber war die Arbeiterpresse in der denkbar ungünstigsten Position. Sie war relativ auflagenschwach, von geringer Streudichte und sicher auch politisch behindert in der Acquisition. Während Jahrzehnten lebte die SP-Presse mit diesen Handicaps, weil die Inserateinnahmen ein zwar willkommener, nicht aber existenzell notwendiger Ertragsfaktor waren. Der von der Industrialisierung und Kommerzialisierung des Zeitungswesens ausgehende Kosten- und Investitionsdruck (im Jahrzehnt 1958–1968 stiegen die Kosten um 106 Prozent, die Erträge dagegen nur um 79 Prozent) veränderte die Zeitungsökonomie grundlegend. (20) Die notwendigen Mittel mussten fast ausschliesslich auf dem Inseratenmarkt erwirtschaftet werden. Hier aber regierte die heilige Dreieinigkeit von Reichweite, Streudichte und Tausenderpreis. Blätter, die in dem aus Media-Daten gewobenen Sieb nicht hängenblieben, gingen leer aus und gerieten sehr bald in die Nähe des wirtschaftlichen Abgrunds. Das grosse Zeitungssterben, auch Pressekonzentration genannt, setzte ein: während zwischen 1913 und 1945 nur neun Zeitungen eingegangen waren, verschwanden in den folgenden 33 Jahren nicht weniger als 109. Und der Zeitungstod mähte unter den Kleinen, jenen Blättern, die bestenfalls auf eine Auflage

von 5000 gekommen waren. Zwischen 1930 und 1973 wurde diese Kategorie um 163 Titel dezimiert. Alle anderen konnten zulegen. (21) Die SP-Presse befand sich folglich sehr rasch in der akuten Gefahrenzone, und der beschriebene Funktionsverlust trieb die unheilvolle Spirale Abo-Rückgang — Inseraterückgang — Abo-Rückgang immer höher. Der Ausfall von Abonnementseinnahmen liess schliesslich die wichtigste Ertragssäule schrumpfen und brachte die Kalkulationen definitiv aus dem Gleichgewicht.

Die Frage nach dem Spielraum

Wann immer vom Niedergang der SP-Presse die Rede ist, sind bald einmal zwei Gruppen von Schuldigen ausgemacht: die unfähigen Verlagsleiter und die am Publikum vorbeischiebenden Redaktoren. Es liegt mir fern, ihnen einen Persilschein auszustellen. Aber müsste vor ihrer Verurteilung nicht zuerst der Entscheidungsspielraum bekannt sein, der ihnen offenstand? Ich will die kursierenden Spekulationen hier nicht durch weitere ergänzen, sondern das Kapitel mit ein paar Fragen abschliessen, die geklärt sein müssen, bevor die Urteile fallen. Wenn wir an den verlegerisch-betriebswirtschaftlichen Spielraum denken: auf welche Kapitalien hätte die Arbeiterpresse zurückgreifen können, um im Investitionswettlauf einigermaßen mithalten zu können? Wie hätte sie sich ein grösseres Stück vom wachsenden Inseratekuchen abschneiden können? In welchem Ausmass hätte Abonnentenwerbung betrieben werden können? In welchem Zeitpunkt wurden die zeitungsökonomischen Veränderungen überhaupt wahrgenommen? War den Verlegern bewusst, dass ihre Zeitungen bisher praktisch «hors concours» gelaufen waren, und dass dies mit

der Degradierung der AZ zu einer Ware vorbei war? Waren die Verleger betriebswirtschaftlich qualifiziert oder hatten sie ihre Verdienste anderswo erworben? Trifft es zu, dass ihnen jene hortende Eigentumsbeziehung eigen war, die verlangt: «Heg es und pfleg es und lass es nicht los»? Stimmt zum Beispiel, dass sie wegen dieser Haltung Kapitalien, die in genossenschaftseigenen Altstadtliegenschaften schlummerten, nicht rechtzeitig zu Investitionszwecken flüssig machten? Und dass sie diese Kapitalien später gezwungenermassen unproduktiv zur Defizitdeckung verschwendeten?

Wenn wir an den verlegerisch-redaktionellen Spielraum denken: Wie hätte der Verlust der kommunikativen Funktion der AZ-Presse kompensiert werden können? Wie hätte man die zur bürgerlichen Tagespresse überlaufenden Abonnenten halten können, ohne im Zeitungsinhalt demokratische und sozialistische Perspektiven aufzugeben? Was würde es für eine linke, stark im Lokalen verankerte Presse konkret bedeuten, die redaktionelle Leistung zu verbessern? Und schliesslich die für mich entscheidende Frage: *Kann eine linke Tageszeitung überhaupt ein Publikum schaffen und ansprechen, ohne es von einer sozialen Bewegung — wie etwa der Streikbewegung anfangs des Jahrhunderts — geliefert zu bekommen?* (Aus «Eine deformierte Gesellschaft» Lenos Verlag)

Anmerkungen

- 1) Hans-Jürg Fehr, Existenz- und Wachstumsbedingungen der schweizerischen Arbeiterpresse von den Anfängen bis 1914 (Masch. schr.), Zürich 1977.
- 2) Wilfried Häberli, Die so-

zialdemokratische Presse in Basel bis zum Ersten Weltkrieg, in: Basler Stadtbuch 1970, S. 73.

- 3) David Lerner, Die Modernisierung des Lebensstils, in: W. Zapf, Theorien des sozialen Wandels, Köln 1973, S. 362ff.
- 4) Martin Schaffner, Die Basler Arbeiterbevölkerung im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte und Lebensform, in: Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 123, Basel 1972, S. 111.
- 5) Jürg Siegenthaler, Zum Lebensstandard schweizerischer Arbeiter im 19. Jahrhundert, in: Zs. Stat. 1965, S. 423ff.
- 6) Eduard Weckerle, Herman Greulich, Ein Sohn des Volkes, Zürich 1947, S. 124.
- 7) OAZ, 1.7.1908.
- 8) Friedrich Heeb, Aus der Geschichte der Zürcher Ar-

beiterbewegung, Zürich 1948, S. 74.

- 9) Zitiert nach Heeb, a.a.O., S. 34.
- 10) Paul Pflüger, Die Presse, Zürich 1911, S. 8.
- 11) Ernst Nobs, 25 Jahre *Volksrecht*, Zürich 1923, S. 45.
- 12) Walter Auerbach, Presse und Gruppenbewusstsein, Diss., Köln 1931, S. 65.
- 13) *Vorbote*, 3.12.1904.
- 14) OAZ, 4.11.1911.
- 15) Protokoll Vorstand Arbeiter Union vom 10.9.1908.
- 16) Protokoll Delegiertenversammlung Arbeiter Union vom 10.10.1909.
- 17) a.a.O., 26.6.1910.
- 18) *Ostschweizer AZ*, 30.9.1905.
- 19) Autorenkollektiv, Leser ohne Zeitung, Zürich 1974, S. 81.
- 20) Christian Padrutt, Zur Lage der Schweizer Presse, Zürich 1975, S. 65.
- 21) a.a.O., S. 22.

Lydie Schmit

Krieg dem Krieg

Lydie Schmit, die Autorin des nachstehenden Artikels ist Präsidentin der Sozialistischen Frauen-Internationalen. Dieses Bekenntnis der sozialistischen Frauen zur Friedensbewegung hat Lydie Schmit im November des vergangenen Jahres vor den Sozialistischen Frauen in Wien abgelegt.

Man vergleiche: Als in der Nacht zum 6. August 1981 — dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroshima — zwölf Mitglieder einer deutschen Friedensgruppe mit Tafelkreide Umrisse von menschlichen Körpern und den Text «Hiroshima mahnt» auf das Pflaster der Fussgängerzone im bundesrepublikanischen Nürnberg malten, wurden sie festgenommen und auf dem

Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt.

Als in der Nacht zum 6. August 1981 — dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroshima — US-Präsident Ronald Reagan zusammen mit seinen Gesinnungsbrüdern Weinberger und Haig entschied, die Neutronenwaffe bauen zu lassen, wurden sie von niemandem in den «States» be- lästigt oder öffentlich befragt,